



Limmattalbahn

Die Dietiker lehnen auch die zweite Volksinitiative ab

LIMMATTAL 17

Fox du hast den Trott gestohlen!

BADENER TANZ CENTRUM

Tanzkurse auf www.badenertanzcentrum.ch | Telefon 056 203 10 10

König Trauffer

Der Pop-Sänger krönt sich im Hallenstadion

KULTUR 14

Ja zum Stadion mit 137-Meter-Hochhäusern

Zürich Nach dem Volksentscheid zum Hardturm kommt das juristische Seilziehen

VON MATTHIAS SCHARRER

Die Stadt Zürich überlässt privaten Investoren das Hardturmareal zu einem vergünstigten Baurechtszins, damit dort ein Fussballstadion, zwei Hochhäuser und eine Genossenschaftssiedlung entstehen können. Das Stimmvolk hat dem Projekt «Ensemble» gestern mit einem Ja-Stimmen-Anteil von 53,8 Prozent zugestimmt. Einzig der Stadtkreis 10, zu dem Höngg gehört, lehnte ab. Nun drohen von dort Rekluse. Marcel Knörr, ehemaliger FDP-Gemeinderat und Wortführer der Höngger Stadionegegner, bekräftigte gegenüber Radio SRF: «Wir werden sicher weiterkämpfen.» Notfalls gehe man bis vor das Bundesgericht. Den Hönggern sind die beiden 137 Meter hohen Hochhäuser, durch deren Mieteinnahmen das Stadion finanziert werden soll, ein Dorn im Auge.

Die privaten Investoren, die das Stadion und die Hochhäuser planen, wollen nun das Gespräch mit den Stadionegegnern suchen. «Uns geht es darum, dass nicht Partikularinter-

sen Einzelner über das allgemeine Interesse gestellt werden», sagte Martin Kull, Besitzer der federführenden HRS Real Estate AG.

Aufgrund des Volksentscheids verzichtet die Stadt Zürich jährlich auf Baurechtszinsen in Höhe von 1,7 Millionen Franken. Der Baurechtsvertrag sieht vor, dass die Stadt das Stadion und die Hochhäuser nach 92 Jahren für 80 Prozent des dann geltenden Marktwerts übernimmt.

Die Hochhäuser umfassen rund 600 Wohnungen im mittleren und gehobenen Preissegment sowie in den unteren Geschossen Gewerberäume. Die Genossenschaftssiedlung, welche die Allgemeine Baugenossenschaft Zürich realisieren soll, zählt 174 Wohnungen. Die gesamten, privat finanzierten Investitionen, belaufen sich auf rund 570 Millionen Franken.

Eine Stimmrechtsbeschwerde hatte der Bezirksrat Zürich kürzlich abgelehnt. Die Beschwerdeführer aus der Stadionnachbarschaft ziehen diese aber weiter ans Verwaltungsgericht, wie sie gestern mitteilten. SEITE 21

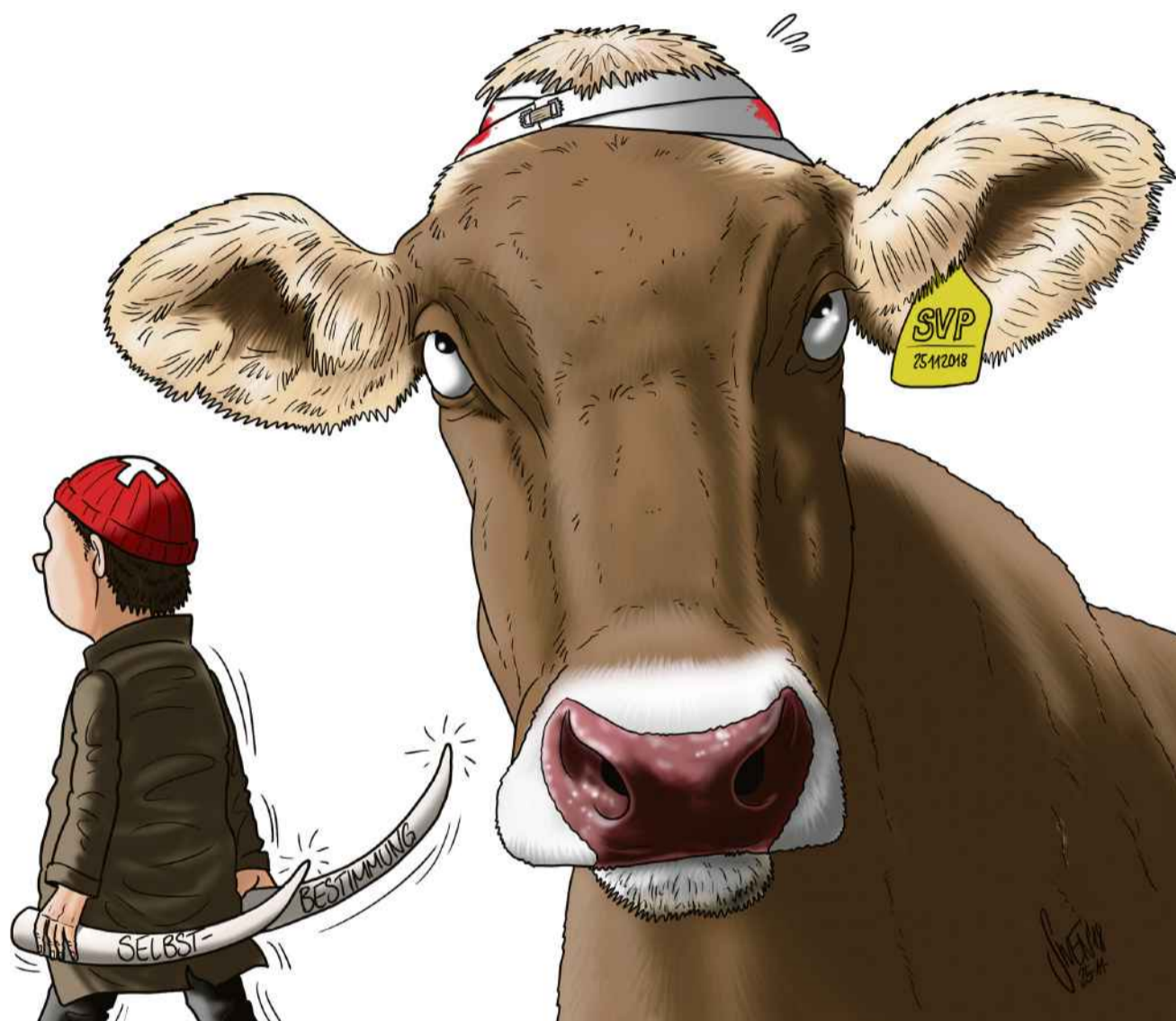


ILLUSTRATION: SILVAN WEGMANN

ANALYSE zum Votum über die Selbstbestimmungsinitiative

Das Nein ist kein Freipass für das Rahmenabkommen mit der EU

VON DORIS KLECK

Das Ergebnis ist eine Schlappe für die SVP: 66,2 Prozent der Stimmbürger sagten Nein zur Selbstbestimmungsinitiative. Trotz ungewohnt zahmen Plakaten konnte die SVP kaum über ihre eigene Wählerbasis hinaus mobilisieren und auch nicht in der Mitte punkten. Die grösste Partei der Schweiz vermag die Bevölkerung nicht für institutionelle Veränderungen zu gewinnen. Das war bereits früher so: Die Initiativen zur «Volkswahl des Bundesrates» und «Staatsverträge vors Volk» scheiterten mit Drei-Viertel-Mehrheiten.

Landesrecht vor Völkerrecht lautete das Ziel der Initiative. Die Bevölkerung erklärte dieser starren Forderung eine Absage. Sie gesteht dem Parlament bei der Umsetzung von völkerrechtswidrigen Initiativen damit eine gewisse Flexibilität zu, um pragmatische Lösungen zu finden. Genau so, wie es das Parlament bei der Umsetzung der Zuwanderungsinitiative gemacht hat. In den Augen der SVP war dies eine «Nicht-Umsetzung». Sie brandmarkte die Parlamentarier als Verfassungsbrecher. Die Zuwanderungsinitiative wurde zum Hauptbeleg für die Notwendigkeit der Selbstbestimmungsinitiative. Doch dieser Furor verfringt nicht. Im Gegenteil: Man könnte das gestrige Nein auch als indirektes Ja zur Umsetzung der Zuwanderungsinitiative werten. Insofern war die Initiative für die SVP

ein Eigenziel. Sie startet geschwächt in ihre nächste Kampagne zur Kündigung der Personenfreizügigkeit.

Gleichwohl: Erledigt ist das Thema Landes- und Völkerrecht mit dem gestrigen Entscheid nicht. Die Gegner der Initiative machten es sich zuweilen etwas gar einfach mit ihrem Gut-gegen-Böse-Schema. Der Abstimmungskampf kannte nur schwarz oder weiss. Dabei ist das Verhältnis zwischen Landes- und Völkerrecht keineswegs spannungsfrei. Internationale Verträge werden zahlreicher und wichtiger. Viele Probleme kennen keine Landesgrenzen, zum Beispiel die Migration, und die Wirtschaft lechzt geradezu nach internationalen Regulierungen. Für einen Kleinstaat wie die Schweiz ist die Maxime Recht vor Macht denn auch wichtig. Trotzdem hat die Vernetzung auch eine Kehrseite. Harvard-Ökonom Dani Rodrik spricht von einem Trilemma zwischen globalisierter Wirtschaft, dem Nationalstaat und der Demokratie. Nicht alles ist gemeinsam zu haben. Der Schweizer Staats- und Völkerrechtler Oliver Diggelmann sagt es so: «Die Substanz der Demokratie ist tendenziell dünner.»

Die Schweiz versucht Gegensteuer zu geben. Parlament und Volk haben mehr Mitsprache erhalten beim Abschluss völkerrechtlicher Verträge. Derzeit regelt das Parlament den Mechanismus für die Kündigung von Staatsverträgen; sie soll nicht mehr in der Kompetenz des Bundesrates liegen. Die aktuelle Debatte um den

UNO-Migrationspakt schliesslich ist Ausdruck davon, dass das Parlament in der Aussenpolitik mehr Mitbestimmung wünscht.

Die Selbstbestimmungsinitiative hatte inhaltlich keine Bewandtheit mit dem Migrationspakt - die vorläufige Nichtunterzeichnung war erfolgreiche Abstimmungspropaganda der SVP. Genauso verhält es sich beim Rahmenabkommen. Dennoch: Wenn der Bundesrat am nächsten Freitag den Vertrag über die künftige Ausgestaltung der Beziehungen zur EU diskutiert, dann geht es um die immer gleiche Grundsatzfrage: Wie viel Souveränität ist die Schweiz bereit, abzugeben, um von den Vorzügen des EU-Binnenmarktes zu profitieren? Das Nein zur Selbstbestimmungsinitiative ist kein Freipass für die Befürworter des Rahmenabkommens. Sie war schlicht zu radikal. Zum Rahmenabkommen wird sich das Volk aber ohnehin äussern können. Und das ist gut so.

@doris.kleck@chmedia.ch

DIE ABSTIMMUNGEN IM ÜBERBLICK

Selbstbestimmungsinitiative erzielt 33,8 Prozent Zustimmung: Seite 2/3
Keine Chance hat auch die Hornkuhinitiative mit 45,3 Prozent Ja: Seite 4
Das Volk segnet die Versicherungsdetektive mit 64,7 Prozent ab: Seite 5



Schlieren

Die Limmattaler wollen ein modernes Pflegezentrum

Keine Sanierung, sondern ein Neubau: Die zehn Trägergemeinden des Spitalverbands Limmattal haben gestern mit grosser Mehrheit Ja gesagt zum Neubau des Pflegezentrums in Schlieren. Das passt bestens in den Zeitplan, denn das neu gebaute Spital ist erst gerade im Oktober eröffnet worden. «Wir können nun lückenlos fortfahren», sagte Markus Bärtschiger, Stadtpräsident von Schlieren und Verwaltungsratspräsident des Spitalverbands. Der Neubau ersetzt den in die

Jahre gekommenen Altbau und wird gleichzeitig auf die veränderten Bedürfnisse eingehen. So gibt es neu nur noch Ein- beziehungsweise Zwei-Bettzimmer. Auch die Demenzabteilung wird ausgebaut. Voraussichtlich geht der fünfstöckige Neubau mit insgesamt 150 Betten im Frühjahr 2023 in Betrieb. Das alte Spitalhochhaus befindet sich derzeit im Rückbau; auf dessen Grundstück wird das neue Pflegezentrum nun für 65 Millionen Franken gebaut werden. SEITE 15

Birmensdorf

Grosse Solidarität mit Spitalverband

Das Abstimmungsergebnis zeigt es deutlich: Die Birmensdorferinnen und Birmensdorfer wollen im Spitalverband Limmattal bleiben. 69,3 Prozent der Stimmenden sprachen sich gegen den Austritt aus. 30,7 Prozent waren mit dem Antrag des Gemeinderats einverstanden. Dieser wollte den Zweckverband verlassen, weil er als Mitglied mehr Nach- als Vorteile sah. Dies vor allem hinsichtlich des geplanten Neubaus des Pflegezentrums. SEITE 15

EU stimmt zu

Der Brexit ist besiegelt

Die 27 Staats- und Regierungschefs der EU haben gestern den Austrittsvertrag mit Grossbritannien gebilligt. «Das ist ein trauriger Moment», sagte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, der nochmals sein Bedauern ausdrückte, eines der wichtigsten EU-Mitgliedsländer zu verlieren. Die in den Austrittsverhandlungen gefundene Vereinbarung sei «der bestmögliche Vertrag». Nun muss noch das britische Parlament zustimmen. SEITE 7